

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Bundesprogramm Sprach-Kita fortführen – Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass eine frühe Förderung und das Erlernen der deutschen Sprache notwendige Voraussetzungen für die Integration und spätere Bildungserfolge sind. Die bisherigen Erfahrungen seit der Einführung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ im Jahr 2016 und dessen Vorläufers im Jahr 2011 waren bundesweit positiv und haben gezeigt, dass eine frühkindliche Förderung im Bereich Sprache ein Ansatzpunkt ist, um soziale Ungerechtigkeiten zu vermeiden bzw. langfristig und effektiv zu bekämpfen.
- II. Der Landtag sieht in der Aufhebung des Förderprogramms eine Fehlentscheidung der Bundesregierung, die bereits kurzfristig zu erheblichen Nachteilen für die Teilhabe- und Bildungschancen von Kindern führen wird und langfristig Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft erwarten lässt. Wer die eigene Sprache nicht richtig beherrscht, hat weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Integration in unseren Kulturkreis sowie bei der Teilhabe am Gesellschaftsleben.
- III. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich über den Bundesrat und in direkten Gesprächen mit der Bundesregierung für eine Weiterführung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ einzusetzen und eine dauerhafte Absicherung der Finanzierung über Bundesmittel anzustreben.
- IV. Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendigen finanziellen Mittel zur Weiterführung der bisher in Mecklenburg-Vorpommern geförderten Maßnahmen im derzeit bestehenden Umfang ab Januar 2023 bereitzustellen, bis zwischen Bundes- und Landesregierung geklärt ist, wie die weitere Finanzierung geregelt sein wird.

- V. Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert zu prüfen, wie im Fall eines endgültigen Wegfalls der Bundesförderung, die bestehenden Maßnahmen dauerhaft in dem bestehenden Umfang von Landesseite aufrechterhalten werden können. Dem zuständigen Ausschuss ist bis zum 31.10.2022 Bericht zu erstatten.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Die Bundesregierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zur Weiterführung und Verstetigung des Bundesprogramms der Sprach-Kitas. Dennoch findet sich im Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2023 kein Haushaltsansatz für dieses Bundesprogramm. Vielmehr würden die Landesregierungen in der Pflicht gesehen, so die Bundesregierung. Sie schlage eine Förderung über das Gute-Kita-Gesetz vor.

Die Landesregierung hat sich bisher ablehnend zur Beendigung der Bundesförderung geäußert. Offengeblieben ist dabei, ob sich Mecklenburg-Vorpommern anderweitig um eine Finanzierung bemüht und ob sich die Landesregierung aktiv für eine weitere Förderung des Programms gegenüber der Bundesregierung einsetzen wird. Dabei sind schlechte Sprachkenntnisse ein erhebliches Hindernis im Schulalltag und lassen sich dort nur schwer und mit viel Aufwand verringern. Sie sind ein Nachteil, der sich schlussendlich durch die gesamte Bildungsbiografie ziehen kann. Eine frühere Förderung von Sprache und Deutschkenntnissen ist deshalb elementar. Das frühe Ansetzen mindert Frustrationserlebnisse bei den Kindern selbst, schafft die Basis für ein erfolgreiches gemeinsames Lernen und damit das Fundament für beruflichen Erfolg, Integration und Teilhabe. Insoweit hat sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung für die Umsetzung deren Versprechens aus der Koalitionsvereinbarung einzusetzen.